

teln innerparteilichen Drucks, ihre Abgeordneten von einem Votum zugunsten des VP-Antrages abzuhalten. Diesmal wenigstens nutzte die Volkspartei ihre Chance.

Auf der Strecke bleibt nach allen diesen Vorgängen die *Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie*, vor allem bei den jungen Bürgern des Landes. Die kleine Koalition ist faktisch tot, wenn sie auch noch eine Weile weiterwursteln wird. Minister Frischenschlager dürfte nicht mehr lange im Kabinett verbleiben, er ist zu angeschlagen, als daß er noch irgend etwas durchsetzen könnte. Kopf und Kragen haben ihm vor allem die jubelnden Solidaritätsadressen seiner alt-nationalen Parteikameraden in den Alpenländern gekostet, die offenbar noch immer in beängstigender Weise von der NS-Vergangenheit geprägt sind.

Neuerliche Volksabstimmung

Aber schon zeichnet sich die nächste skurrile Station der österreichischen Polit-Tragikomödie ab: Bundeskanzler Sinowatz, noch gezeichnet von den jüngsten Niederlagen, kündigte eine neuerliche Volksabstimmung über das Atomkraftwerk *Zwentendorf* an. Dieses Kraftwerk ist mit einem ungeheuren finanziellen Aufwand errichtet worden, steht aber als wohl teuerste Ruine Europas still.

Noch in der Regierungszeit Kreiskys stimmte nämlich eine deutliche Mehrheit von Österreichern gegen die Verwendung von Kernkraft, da der damalige Kanzler erklärt hatte, er werde zurücktreten, falls die Atomkraft abgelehnt werden sollte. Die Folgen dieser Polit-Posse will die Industrie des Landes zusammen mit der Gewerkschaft schon seit längerem rückgängig machen, doch ergab sich nie eine gute Gelegenheit dafür. Nun, in dieser Phase besonderer Schwäche der Regierung, gab Bundeskanzler Sinowatz das Signal für diese Auseinandersetzung, die den Grünen und Alternativen zwangsläufig neue Reserven zuführen wird.

Das ist der traurige und besorgniserregende Auftakt für das Jubeljahr der Republik, die vor genau drei Jahrzehnten mit dem Staatsvertrag ihre Einheit, Freiheit und Unabhängigkeit wiedererrungen hat, die inzwischen eindrucksvolle Erfolge und ein neues Selbstbewußtsein für sich buchen kann, die aber andererseits gerade jetzt erschreckende Unsicherheit über den nunmehr einzuschlagenden Weg zeigt. Die *Katholiken* in Österreich befinden sich in dieser für das Land nicht ungefährlichen Situation in ihrer Mehrheit auf den Zuschauerbänken, und niemand weiß so recht, in welcher Weise man die gewiß vorhandenen moralischen und politischen Ressourcen des katholischen Volkes zum Nutzen des ganzen Landes mobilisieren und einsetzen könnte.

Fritz Csoklich

Läßt sich Schuld bewältigen?

Ein Gespräch mit Klaus Scholder zum bevorstehenden 8. Mai

Der vierzigste Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 wirft schon seit einiger Zeit seine Schatten voraus. Die öffentliche Diskussion über Bedeutung und Wertung dieses Datums zeigt, wie sehr den Deutschen die Auseinandersetzung mit Krieg und NS-Zeit noch immer zu schaffen macht. Über die Schwierigkeiten der Deutschen im Umgang mit ihrer jüngeren Geschichte sprachen wir mit Professor Klaus Scholder, der an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen Kirchenordnung und kirchliche Zeitgeschichte lehrt. 1977 erschien der erste Band seines großen Werks über die Kirchen im Dritten Reich. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Professor Scholder, unlängst war in einem Zeitungskommentar zu lesen, es gebe eine „große Koalition der deutschen Verlegenheit“ angesichts der 40. Wiederkehr des Kriegsendes am 8. Mai dieses Jahres. Woher kommt es eigentlich, daß man sich in der Bundesrepublik mit dem 8. Mai so schwertut?

Scholder: Das hat vor allem damit zu tun, daß es kein vergleichbares Datum in der deutschen Geschichte gibt. Gerade in seiner Komplexität ist dieses Datum singulär. Wir haben einerseits dankbar zu sein für diesen 8. Mai, weil er das Ende eines ungeheuer grausamen Krieges gebracht hat und das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherr-

schaft. Ich glaube, daß es im Volk kaum jemand gegeben hat, der nicht am 8. Mai aufgeatmet und gesagt hat, Gott sei Dank, daß diese grauenhafte Zeit endlich vorbei ist. Aber natürlich bedeutet der 8. Mai 1945 zugleich die Niederlage nach einer ungeheuren Kraftanstrengung, die Zerstörung des Reiches, die offenkundige Sinnlosigkeit unzähliger Opfer, die Teilung Deutschlands, den Verlust der deutschen Ostgebiete. Dies alles kann einen Deutschen, der auch nur ein klein wenig geschichtsbewußt ist, ganz gewiß nicht gleichgültig lassen.

HK: Wird nicht gerade jetzt zum 40. Jahrestag des Kriegsendes so viel geschrieben, hin- und herüberlegt und auch gestritten, weil wir an einem kritischen Punkt angelangt sind? Krieg und NS-Diktatur sind immer noch vielen in lebendiger Erinnerung. Gleichzeitig ist aber der Abstand schon so groß, daß man sich fragen kann und auch wirklich fragt, wozu das beständige Wühlen in dieser schuldbeladenen Vergangenheit heute noch gut sein soll ...

Scholder: Der Begriff der Schuld, der in der ganzen Diskussion eine so zentrale Rolle spielt, hat, ohne daß das überall deutlich geworden wäre, inzwischen seinen Charakter verändert. Solange es noch viele unmittelbar Betroffene gab, sowohl Häftlinge, die unter dem Regime

gelitten hatten, wie ihre Peiniger, solange stellte sich die Frage der Schuld noch konkret. Es gab Ankläger und Beklagte. Man konnte Prozesse führen, allerdings mit höchst unbefriedigenden Ergebnissen.

„Schuld ist mehr und mehr zu einem historischen Begriff geworden“

HK: Sind wir über diese Phase wirklich schon hinaus? Ich denke daran, wie lange es gedauert hat, bis jetzt endlich vor einigen Wochen die Urteile des Volksgerichtshofs für nichtig erklärt worden sind ...

Scholder: Natürlich gibt es immer noch Opfer und Täter. Dennoch ist die vielbeschworene Schuld inzwischen mehr und mehr zu einem historischen Begriff geworden, und das kann auch gar nicht anders sein. Mehr als 50 Prozent der gegenwärtigen deutschen Bevölkerung sind nach dem Mai 1945 geboren. Wenn man die bis dahin 10jährigen dazurechnet, ist der Prozentsatz der nicht mehr unmittelbar Betroffenen noch höher. Alle diese Menschen können mit Recht sagen, sie könnten keine persönliche Schuld an Verbrechen und Grausamkeiten auf sich nehmen, die geschehen sind, als sie noch Kinder oder noch gar nicht geboren waren. Es ist ja doch etwas grundsätzlich Verschiedenes, ob ich etwas Vergangenes erzählen höre, oder ob ich selbst beteiligt war. Deshalb verlagert sich das Interesse auch von der persönlichen Schuldfrage auf die Frage nach den Ursachen. Man will jetzt wissen, wie das alles möglich war.

HK: So verständlich und auch notwendig diese Veränderung in der Fragestellung ist: Hat man nicht in den ersten Jahren der Bundesrepublik vor lauter Wiederaufbau und Wirtschaftswunder einiges versäumt?

Scholder: Wir haben sicher nicht nur Einiges, sondern sehr viel versäumt, um wirklich Schuldige zu packen, solange das noch möglich war. Das ist nicht wiedergutmachen. Aber es ist doch nur ein Teil der Wahrheit. Denn andererseits ist das Bewußtsein der Verantwortung für alles, was geschehen ist, vom ersten Tag an für jede Bundesregierung gegenwärtig gewesen. Nach meinem Eindruck ist seit Bestehen der Bundesrepublik weder Innenpolitik noch Außenpolitik getrieben worden ohne das Bewußtsein, daß wir verantwortlich sind für die jüngste Vergangenheit, daß wir wiedergutmachen müssen, was wiedergutmachen ist, daß wir in Europa anders dastehen als andere Staaten. Diese Haltung ist uns nicht einfach vom Ausland aufgenötigt worden, sondern sie ist der eigenen Einsicht entsprungen. Hier liegt übrigens der fundamentale Unterschied zu der Entwicklung nach 1918 ...

HK: Muß man bei einem solchen Vergleich nicht sehr vorsichtig sein, um nicht selbstgerecht zu werden? War nicht nach 1945 das Ausmaß der deutschen Schuld so offenkundig, daß man gar nicht anders konnte, als sich ihr zu stellen?

Scholder: Sicher sollte man es sich mit den Parallelen nicht zu einfach machen. Und der Judenmord allein war und ist

tatsächlich ein erdrückender Schuldtitel. Aber wenn man sieht, was die Behauptung im Artikel 231 des Versailler Vertrages, daß Deutschland die ausschließliche Verantwortung für alle Verbrechen des Krieges trage, nach 1918 innen- und außenpolitisch angerichtet hat, wie sehr sie die eigentliche Nahrung des Rechtsextremismus gewesen ist und den Aufstieg Hitlers befördert hat, und wenn man dem gegenüberstellt, was das Bewußtsein unserer Verantwortung für den zweiten grauenhaften Krieg bewirkt hat, muß man zu dem Ergebnis kommen, daß nach 1945 im Unterschied zu 1918 Schuld produktiv geworden ist.

HK: Wo hat sich das Ihrer Meinung nach am ehesten gezeigt?

Scholder: Nehmen Sie nur die Tatsache, daß es bei uns niemals einen ernsthaften Revanchismus gegeben hat, was ganz und gar nicht selbstverständlich war. 1946/47 war doch bei vielen guten deutschen Demokraten in den westlichen Zonen die Sorge fast übermächtig, die Maßnahmen der Alliierten, die Vertreibung, die Demontagen, der ungeheure Druck, der auf Deutschland lastete, könnten zu einer Wiederholung der Situation von 1918 führen, d. h. irgendwann könnte der Kessel noch einmal explodieren und ein weiteres Mal entsetzliches Unheil anrichten. Daß das nicht geschehen ist, liegt u. a. daran, daß sich keine der großen deutschen Parteien von der politischen Verantwortung ausnahm, die aus der Einsicht in die Schuld erwuchs. Man war trotz vieler Versäumnisse im einzelnen sensibel genug für das, was aufgrund der schweren geschichtlichen Hypothek zu tun und was zu unterlassen ist.

„Ein ganzes Volk kann nicht trauern“

HK: Ist diese Sensibilität noch genügend vorhanden? Wenn der jetzige Bundeskanzler immer wieder betont, er sei der erste Regierungschef aus der Nachkriegsgeneration und deshalb könne er sich ein größeres Maß an Unbefangenheit leisten, dann drückt er damit eine Haltung aus, die inzwischen vielerorts in der Bundesrepublik verbreitet ist, die mir aber nicht unproblematisch zu sein scheint. Sollen und können wir jetzt gleichsam mit gutem Gewissen zur Tagesordnung übergehen?

Scholder: Auf keinen Fall. Die Zeit zwischen 1933 und 1945 mit dem, was ihr an Verhängnisvollem vorausging, wird ein Teil unserer Geschichte und damit auch unserer Politik bleiben und auch bleiben müssen unabhängig davon, welcher Generation der Regierungschef angehört. Andererseits ist offenkundig, daß, so sehr NS-Zeit und Zweiter Weltkrieg bis in die 50er Jahre hinein dominierende Bedeutung für die deutsche und europäische Politik besaßen, inzwischen ständig neue politische Faktoren hinzukommen, die nichts mehr mit 1945 zu tun haben, sondern die sich erst nach dem Krieg herausgebildet haben. Das anzuerkennen bedeutet nicht, sich aus der besonderen Verantwortung im Blick auf das Dritte Reich davonzustehlen. Es bedeutet lediglich, die Dinge zu sehen, wie sie sind, und nicht wie manche Moralisten sie zu sehen wünschen.

HK: Trotzdem: Zeigen nicht gerade die diversen Quereilen um den 8. Mai bzw. die Auseinandersetzung um die richtige Art und Weise, den 40. Jahrestag des Kriegsendes angemessen zu begehen, daß es im Umgang der Deutschen mit diesem Abschnitt ihrer Geschichte immer noch blinde Flecken gibt, daß sie manches eher verdrängt als aufgearbeitet haben?

Scholder: Man sollte mit pauschalen Vorwürfen in dieser Richtung sehr vorsichtig sein. Nehmen Sie beispielsweise die von Alexander Mitscherlich seinerzeit vertretene These, die Deutschen hätten im Grunde genommen alles verdrängt und daher rühre der Immobilismus der deutschen Gesellschaft, ihre übertriebene Orientierung an Wirtschaft und Konsum. Ich halte diese These für falsch und einseitig. Ihr fehlen einfach die historischen und politischen Perspektiven, von denen ich eben gesprochen habe. Es ist im übrigen eine absurde Vorstellung, man könne ein Volk als ganzes dazu bringen, Buße zu tun oder zu trauern. So etwas geht nicht. Auf solche Einfälle kann nur ein Psychoanalytiker kommen.

HK: Warum sind denn Forderungen nach kollektiver Buße und Trauer so problematisch? Spricht die Tatsache, daß so etwas schwer zu verwirklichen ist, schon gegen die Idee?

Scholder: Mitscherlich behauptet, nur wer in seinem Sinne die Fähigkeit zu trauern entwickle, habe auch das richtige faktische Bewußtsein. Das führt heute wieder in der Friedensbewegung zu der Ansicht, die Aufarbeitung der deutschen Schuld geschehe dadurch, daß man gegen die Aufrüstung protestiere. Ich halte das für hochproblematisch, weil hier die Schuld funktionalisiert wird. Diejenigen, die den Frieden auf andere Weise sichern wollen, geraten dann in den falschen Verdacht, die deutsche Schuld nicht wirklich ernst zu nehmen.

HK: Könnte die Gefahr der Funktionalisierung in den nächsten Jahren mit wachsendem Abstand zur NS-Zeit nicht noch größer werden, sei es daß man plötzlich wieder entdeckt, Hitler sei doch gar nicht so schlimm gewesen, oder daß man dem Dritten Reich gewisse ästhetische Reize abgewinnt?

Scholder: Wir haben solche Entwicklungen nicht in der Hand. Eine Garantie gegen Mißbrauch und Funktionalisierung gibt es nicht. Die Geschichte ist nach vorne absolut offen. Niemand von uns weiß, wie in 20 oder in 30 Jahren das Dritte Reich erscheinen wird. Das ist einer der Punkte, wo man als Hochschullehrer gelegentlich zu resignieren beginnt, weil man merkt, wie schwer bestimmte Dinge, die man selber gelernt hat und die man für fundamental wichtig hält, gerade im Blick auf den Zusammenhang zwischen der deutschen Schuld und einer verantwortungsbewußten deutschen Politik weiterzuvermitteln sind. Die Ideologen haben es da allemal leichter.

HK: Inwieweit kann uns Deutschen bei der immer wieder von neuem erforderlichen Aufarbeitung unserer Geschichte in diesem Jahrhundert eigentlich der Blick auf

den Umgang anderer Völker mit ihrer Geschichte von Nutzen sein? Wir schauen ja immer wieder einmal mit einem gewissen Neid auf Franzosen oder Engländer mit ihrem zumindest scheinbar unkomplizierteren Verhältnis zur Kontinuität ihrer Geschichte auch in deren Schattenseiten ...

Scholder: Ich glaube nicht, daß ein Volk von einem anderen Volk im Blick auf das Geschichtsbewußtsein irgend etwas lernen kann. Das ist etwas sehr Individuelles. Die deutsche Geschichte ist nun einmal anders als alle anderen europäischen Geschichtsverläufe. Wir haben mitten in Europa seit Jahrhunderten dazu gedient, das Gleichgewicht der Mächte auszutarieren. Es hat zumindest in den letzten 100 Jahren jedesmal zu einer Katastrophe geführt, wenn Deutschland sich dieser Aufgabe entzogen hat.

„Geschichte ist nicht einfach machbar“

HK: Es sieht fast so aus, als würden Sie die deutsche Geschichte der letzten Jahrhunderte als eine schicksalhaft determinierte Entwicklung deuten. Ist das eine für den Historiker legitime Betrachtungsweise?

Scholder: In der Geschichte mischen sich immer auf merkwürdige Weise Verhängnis und Schuld. Es gibt deutlich aufweisbare Schuldtitle etwa im Blick auf die Entstehung des Ersten Weltkrieges oder den Zusammenbruch der Weimarer Republik, Schuldtitle, die im übrigen nicht nur allein bei den Deutschen liegen, sondern auch bei den anderen europäischen Mächten. Über diese klaren Schuldtitle, sei es der einen oder der anderen Seite, brauchen wir uns nicht zu streiten. Dazu kommt aber gerade für den Geschichtsverlauf von 1914 bis 1945 ein Element, das man nur als Verhängnis bezeichnen kann.

HK: Gerät man mit dem Rekurs auf das Verhängnis nicht leicht in die Nähe von sehr problematischen Deutungsschemata, die das Dritte Reich als einen letztlich unerklärlichen Einbruch des Bösen, des Dämonischen zu erklären versuchen, um damit auch ein Stückweit von der Frage nach konkreter Schuld und Mitschuld abzulenken?

Scholder: Die Gefahr liegt gewiß nahe. Ich will diesen Begriff deshalb auch nicht normativ, sondern rein deskriptiv verstehen, das heißt, ich will nur darauf aufmerksam machen, daß es Zeiten gibt, in denen, um es einmal ganz banal zu sagen, einfach alles schief geht, wo Leute – wie etwa Stresemann – plötzlich sterben, die unersetzlich sind, wo die Gutwilligen notorisch in der Minderheit bleiben, wo alle Versuche scheitern, eine Entwicklung zum Besseren zu wenden. Auf der anderen Seite ist die Geschichte der Bundesrepublik ein Beispiel dafür, daß einem auch Dinge zuwachsen können, die kaum vorauszusehen waren. Sicher war Adenauer ein großer Mann, aber wer konnte denn wissen, daß ihm die Integration der Flüchtlinge oder die Aussöhnung mit dem Westen glücken würde? An solchen negativen wie positiven Beispielen zeigt sich – und das ist mir das Entscheidende –, daß Geschichte nicht einfach machbar ist. Deshalb ist der

Schuldbegriff im historisch-politischen Sinn auch nicht ganz unproblematisch, weil er im Grunde immer unterstellt, man hätte alles auch ganz anders machen können, wenn man nur das Richtige gewollt hätte. Aber so einfach ist es mit dem „Richtigen“ ja nicht.

HK: Wie steht es unter diesen Voraussetzungen mit den Lehren aus Fehlentwicklungen und Versagen in der Geschichte, von denen in Ansprachen und Erklärungen zum 8. Mai sicher immer wieder die Rede sein wird?

Scholder: Man kann durchaus Lehren aus unserer jüngeren Geschichte ziehen, aber sie sind leider sehr allgemein. Die Verantwortung für diese Geschichte, die wir auch an die nachwachsenden Generationen weitergeben müssen, verlangt von uns eine besonders ausgeprägte Sensibilität gegenüber allen Arten von Gewalttätigkeit, Inhumanität und für die Bedeutung des Friedens. Auch die Frage des Rassismus wäre hier zu nennen. Das sind alles Gefahren, die auch im gegenwärtigen Europa und in unserem eigenen Land nicht einfach ein für allemal überwunden sind, von anderen Teilen der Welt ganz zu schweigen. Gegenüber solchen Gefahren sollten wir noch empfindlicher und wachsamer sein als andere, sonst wird der durchaus berechtigte Stolz auf das, was in der Geschichte der Bundesrepublik gelungen ist, leicht zu einer fatalen Selbstgefälligkeit.

„Gegenüber manchen Gefahren sollten wir wachsamer sein als andere“

HK: Wenn man heute auf alles das zurückblickt, was in der Bundesrepublik in bezug auf Vergangenheitsbewältigung und Schuldaufarbeitung unternommen oder auch versäumt worden ist, drängt sich doch die Frage auf: Läßt sich Schuld überhaupt so einfach „bewältigen“?

Scholder: Erlauben Sie mir dazu einen kleinen historischen Exkurs. Es heißt im Artikel II des Westfälischen Friedens, alles das, was an Greueln vorgefallen sei, solle überantwortet werden einer „perpetua oblivio et amnestia“, einem immerwährenden Vergessen und Vergeben. In dieser Art, die politische Schuldfrage anzugehen, steckt meines Erachtens sehr viel Weisheit. Man war damals der Meinung, mit dem Friedensschluß solle man mit der Abrechnung aufhören. Es wurde nichts von dem, was geschehen war, beschönigt, aber man verzichtete auf weitere Anklagen und Verfolgungen. Das war die geistig-moralische Voraussetzung einer Friedensordnung, die immerhin eineinhalb Jahrhunderte in Europa bestimmend blieb.

HK: Was den Verzicht auf das gegenseitige Aufrechnen betrifft, können wir vom Westfälischen Frieden vielleicht wirklich etwas lernen; schließlich ist die Neigung, jeweils Grausamkeiten und Menschenrechtsverletzungen der anderen Seite gegen das eigene Schuldkonto aufzurechnen, immer noch weit verbreitet. Aber kann es für die Greuel des 20. Jahrhunderts ein analoges „immerwährendes Vergessen und Vergeben“ geben?

Scholder: Natürlich haben sich die Voraussetzungen seit der Zeit des Westfälischen Friedens verändert. Seit der Französischen Revolution sind Kriege in ganz anderer Weise ideologisch und emotional aufgeladen. Dann ist mit dem Versailler Vertrag und seiner Schuldzuweisung ein Stück angelsächsischen Moralismus ins Spiel gekommen. Vor allem ging die zitierte Formel des Westfälischen Friedens noch davon aus, daß sich alles innerhalb der Christenheit abspielt. Ohne daß er ausdrücklich ausgesprochen wird, steht der christliche Begriff der Vergeltung im Hintergrund, vielleicht auch so etwas wie das Schuldbekennnis: Wir haben uns als Christenheit auf das schrecklichste versündigt und müssen diesen Frieden deshalb mit Vergessen und Vergeben beginnen.

HK: Auch wenn wir inzwischen in einer weithin nachchristlichen Gesellschaft leben: Gerade bei solchen Gedenktagen wie jetzt dem 8. Mai sind die Kirchen immer noch stark involviert. Diesmal fällt ihnen mit dem ökumenischen Gottesdienst im Kölner Dom sogar ein zentraler Part zu. Sind die Kirchen denn mit der Aufarbeitung ihrer eigenen Rolle in den Jahren 1933 bis 1945 schon wirklich zu Rande gekommen?

Scholder: Die beiden Kirchen haben nach 1945 ja sehr verschieden reagiert, wobei dies ein Stückweit auch Ausdruck ihres jeweiligen Selbstverständnisses und ihrer durchaus verschiedenen Geschichte im Dritten Reich gewesen ist. Für die katholische Kirche gibt es zwei entscheidende Verlautbarungen, von denen meistens bloß die eine zitiert wird. Mir erscheint aber die andere viel wichtiger: Im Juni 1945 hat Pius XII. eine Ansprache an das Kardinalskollegium gerichtet zum Abschluß des Krieges und zur Rolle der katholischen Kirche in diesem Krieg und im Dritten Reich. Er hat dabei keinen Millimeter nachgegeben, sondern hat sinngemäß gesagt: Wir haben getan, was wir konnten. Leider waren die anderen Kräfte stärker, aber uns trifft nicht nur keine Schuld, im Gegenteil, wenn man uns gefolgt wäre, dann sähe alles ganz anders aus. Im Grunde genommen ist diese Ansprache die Grundlage für alle anderen Stellungnahmen gewesen wie zunächst auch für die katholischen Darstellungen zur Geschichte des Dritten Reiches. Überall herrschte der Tenor: Die Kirche als solche hat nicht versagt und nichts falsch gemacht. Sie ist nur zu schwach gewesen, und die Leute haben nicht auf sie gehört.

„Die evangelische Kirche hat damals den Nerv des Problems besser getroffen“

HK: Sie sprachen von zwei wichtigen Erklärungen zum Kriegsende von katholischer Seite ...

Scholder: Im August 1945 gab es dann den Hirtenbrief der Deutschen Bischofskonferenz, in dem sie sich zur Schuld auch in der Kirche geäußert hat. Übrigens ist ihr dieses Wort gewissermaßen von den Alliierten nahegelegt worden, vor allem von amerikanischen Katholiken. Merkwürdigerweise ist im Unterschied zu dem dann sehr viel

berühmteren Stuttgarter Schuldbekennnis der evangelischen Kirche diese katholische Erklärung ohne großes Echo geblieben. Meines Wissens hat sich daran nirgendwo eine Diskussion angeknüpft, es hat darüber auch keine Auseinandersetzungen gegeben. Das ist eigentlich erstaunlich, weil der Text doch recht gut formuliert war und durchaus konkret wurde.

HK: Worin liegt dann der Unterschied zwischen der katholischen Position, wie sie in dem Hirtenbrief vom August 1945 zum Ausdruck kommt und dem Stuttgarter Schuldbekennnis? Ist ein Vergleich überhaupt sinnvoll, wenn nicht der jeweilige Hintergrund mitberücksichtigt wird?

Scholder: Natürlich kann man die Dinge nicht ohne weiteres vergleichen und vor allem sollte man auch nicht nachträglich Noten verteilen, als hätten die einen oder die anderen mehr oder weniger zugegeben. Die evangelische Kirche hat allerdings, das scheint mir sicher, mit ihrer Reaktion damals den Nerv des Problems besser getroffen. Sie hat davon gesprochen, daß „durch uns“ unendliches Leid über viele Völker gebracht worden ist, und hat damit die Deutschen insgesamt eingeschlossen. Damit war keine politische Kollektivschuld gemeint, auch wenn die Erklärung sofort in dieser Weise interpretiert wurde. Die Verfasser des Stuttgarter Schuldbekennnisses hatten gewaltige Angst davor, daß man sie politisch mißinterpretieren könnte, aber sie haben es trotzdem gewagt. Daß sie mit ihren Formulierungen offenbar in besonderem Maß den Nerv der Zeit getroffen haben, wird gerade an dem Unverständnis und dem Widerspruch deutlich, den ihr Schuldbekennnis ausgelöst hat.

HK: Ist ein so uneingeschränkt positives Urteil über das Stuttgarter Schuldbekennnis wirklich gerechtfertigt?

Scholder: Es gibt mehrere neuere Arbeiten zum Thema, die deutlich machen, wieviel Kleinmut und Ängstlichkeit auch beim Stuttgarter Schuldbekennnis im Spiele waren. Das muß man natürlich auch sehen. Aber wenn ich daran denke, was diese Erklärung bewirkt hat, halte ich sie nach wie vor für ein erstaunliches Dokument. Wir wären vielleicht in Europa nicht so weit gekommen, wenn man nicht erst einmal diese Tür aufgestoßen hätte. Ähnliches läßt sich ja über die Vertriebenenedenkschrift von 1965 mit ihrer unmißverständlichen Absage an Rache und Vergeltung sagen. Auch damals gab es einen Sturm der Entrüstung. Aber wenn solche Thesen einmal ausgesprochen worden sind, bleiben sie ein Signal, auch wenn eine Mehrheit sie zunächst ablehnt.

HK: Die Vertriebenenedenkschrift liegt schon zwanzig Jahre zurück. Wenn man sich manche protestantischen Diskussionen und Stellungnahmen aus den letzten Jahren betrachtet, wird man manchmal den Eindruck nicht los, hier werde in Sachen Schuldbekennnis und Anklage fast zuviel des Guten getan, vielleicht auch um früheres Versagen zu kompensieren ...

Scholder: Ein gewisser, gelegentlich sogar etwas peinli-

cher Bekennerdrang ist im deutschen Protestantismus unverkennbar. Es kommt durchaus vor, daß man die Schuld gleichsam vor sich herträgt und sagt, weil wir damals so sehr schuldig geworden sind, müssen wir heute dieses oder jenes tun oder lassen. Ich halte das für bedenklich, weil – wir sprachen schon davon – Schuld dabei leicht zugunsten bestimmter politischen Optionen funktionalisiert wird.

„Die Kirchen können von einer Vergebung reden, die menschliche Versöhnungsgesten übersteigt“

HK: Sie haben die Linien für den deutschen Protestantismus von den Stellungnahmen unmittelbar nach dem Krieg bis in die Gegenwart ausgezogen. Mich würde natürlich ebenso interessieren, wie Sie als evangelischer Theologe und Zeitgeschichtler die entsprechenden Entwicklungen im katholischen Bereich beurteilen.

Scholder: Ich habe den Eindruck, daß sich die beiden Kirchen insgesamt ähnlicher geworden sind. In die katholische Kirche sind einige protestantische Elemente eingeflossen, die dazu beigetragen haben, die eindrucksvolle, fast statuarische Geschlossenheit des deutschen Katholizismus der zwanziger und dreißiger Jahre zugunsten einer größeren Vielfalt aufzulockern. Nicht zuletzt weil das Minderheitentrauma weggefallen ist, das den deutschen Katholizismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik geprägt hat, ist es leichter geworden, miteinander ins Gespräch zu kommen.

HK: Betrifft diese generelle Annäherung auch die Art und Weise, in der die beiden Kirchen mit ihren Schuldtiteln im Zusammenhang mit dem Dritten Reich umgehen? Ist die Tendenz zur Apologetik und zur Selbstrechtfertigung auf katholischer Seite immer noch stärker als auf evangelischer?

Scholder: Daß bei der Bewertung des Verhaltens der Kirchen in der NS-Zeit teilweise immer noch sehr unterschiedliche Akzente gesetzt werden, ist nicht zu leugnen. Das hängt natürlich auch mit dem jeweiligen Kirchenverständnis zusammen. Die „societas perfecta“ versteht sich nun einmal anders als die „Kirche der begnadigten Sünder“. Aber das wissen wir ja, und es kann für das Gespräch zwischen den Kirchen auch eine Bereicherung sein. Wie sehr sich die Situation jedoch im ganzen verändert hat, das läßt sich gerade im Rückblick auf das vielfach beziehungslose Nebeneinander der Kirchen im Dritten Reich erkennen. Es ist niederschmetternd zu sehen, wie wenig die Kirchen damals in der Lage waren, gemeinsame Herausforderungen auch gemeinsam anzugehen. Verglichen damit ist in den letzten 40 Jahren vieles so in Bewegung geraten, daß der Historiker manchmal die konfessionelle Landschaft in Deutschland kaum wiederzuerkennen glaubt.

HK: Wo können und sollen die Kirchen nicht nur im Blick auf den unmittelbaren Anlaß 8. Mai, sondern dar-

über hinaus Hilfestellungen für die produktive Aufarbeitung geschichtlicher Schuld leisten, damit es nicht einfach bei den üblichen Gedenkfeiern und Erinnerungsritualen bleibt?

Scholder: Es ist sicher eine der ganz wichtigen Aufgaben der Kirchen, das Bewußtsein der Verantwortung für unsere Geschichte mit wachzuhalten, d. h. dem einzelnen zu sagen, du bist nicht nur verantwortlich für dich selber und auch nicht nur für deine Generation, sondern du gehörst zugleich zu diesem Volk, zu dieser Gemeinschaft und bist für dessen Geschichte mitverantwortlich. Ob den Kirchen allerdings zu diesem 8. Mai sehr viel mehr und Vernünftigeres einfällt als nachdenklichen Politikern, Journalisten oder Historikern, da bin ich mir nicht so sicher. Man wird sehen, was in den Erklärungen steht, die jetzt vorbereitet werden. Ich bin da wenig hoffnungsvoll.

HK: Aber müßten die christlichen Kirchen nicht doch aus der Mitte ihrer Verkündigung noch mehr sagen können? Wenn sie nur den Wortschwall in Politik und Medien noch vergrößern, ist ja niemandem geholfen ...

Scholder: Die Kirchen können von Schuld so reden, wie sonst niemand davon reden kann, nämlich von der Schuld, die der einzelne vor Gott hat. Sie können auch von einer Vergebung reden, die menschliche Versöhnungsgesten übersteigt. Die Kirchen müßten deshalb im Blick auf den 8. Mai Schuld und Vergebung als zentrale Begriffe ihrer Verkündigung in den Mittelpunkt stellen, ohne auf die politische Funktion dieser Begriffe zu schauen. Wenn sie deutlich machen können, daß ihre Predigt von Christus dem Gekreuzigten und Auferstandenen Konsequenzen für das Verhältnis zur geschichtlichen Schuld hat, haben sie ihren ureigenen Beitrag geleistet.

Hunger und Hungerhilfe

Eine Dokumentation aus Anlaß der diesjährigen Misereor-Aktion

Die Hungerkatastrophe, unter der gegenwärtig große Bevölkerungsteile Afrikas leiden, hat die Aufmerksamkeit aller Hilfswilligen wieder stärker auf die von der Not unmittelbar Betroffenen in den Entwicklungsländern gelenkt. Die verschiedenen Spendenaktionen waren eine erste praktische Antwort auf die akuten Notsituationen. Um so wichtiger ist die Veranschaulichung des Gesamtproblems und seiner verschiedenen Verzweigungen. Dem dient das folgende „Dossier“, das aus Anlaß der diesjährigen Misereor-Aktion und in Zusammenarbeit mit Misereor entstanden ist: In einem ersten Beitrag stellen Reinhard Hermle und Eva-Maria Blum die

gegenwärtigen Ausmaße des Hungerproblems, die Ursachen und Hintergründe dar, in einem zweiten Beitrag gibt Wolfgang Schoop einen Überblick über die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen (der kirchlichen und der nichtkirchlichen) bei der Hungerbekämpfung. Ein dritter Beitrag (von Klaus Philipp Seif) zieht das Fazit einer Tagung der Rabanus-Maurus-Akademie (Wiesbaden-Naurod) zum Thema Hunger und Hungerhilfe. Er gibt – wenigstens punktuell – Einblick in die gegenwärtig bei uns geführten Kontroversen über die Ursachen, das Ausmaß und die Hilfen zur Bekämpfung des Hungers.

Das Ausmaß der Notlagen

Fast eine Milliarde Menschen, so wird heute geschätzt, leben in der Dritten Welt in „absoluter Armut“. Die meisten von ihnen sind nicht in der Lage, sich ausreichend zu ernähren. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, daß die Länder, die nicht den täglichen Kalorienbedarf ihrer Bevölkerungen befriedigen können, sich wie ein Gürtel zu beiden Seiten des Äquators um den Globus legen. Dieser sogenannte „Hungergürtel“ erfaßt vor allem die ökologisch gefährdeten Gebiete im Übergang von den wechselfeuchten Tropen zu den Trockengebieten der Randtropen (vgl. Schaubild S. 124).

Dabei erweist sich hinsichtlich Gesamtfläche, Anzahl der Staaten mit problematischer Ernährungslage und Ausmaß der Not Afrika als der am härtesten betroffene Kontinent. Mit 21 Ländern ist er in der Gruppe der 34 Entwicklungsländer am stärksten vertreten, die die Weltbank als solche

mit „niedrigem Einkommen“ (durchschnittliches Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt 1982 unter 410 \$) klassifiziert. Die katastrophale Ernährungssituation gibt wie andere Merkmale (Kalorienangebot, Kindersterblichkeit und Lebenserwartung – siehe Tabelle 1) Aufschluß über den allgemein niedrigen Entwicklungsstand des Kontinents. Es scheint kein Zufall zu sein, daß es sich im Falle Afrikas auch um den Teil der Erde handelt, der durch koloniale Einflüsse am nachhaltigsten verändert und geprägt worden war.

Hunger findet sich aber über Afrika hinaus auch in den anderen Kontinenten Lateinamerika und Asien. Selbst in einem Land wie Brasilien, das als sogenanntes Schwellenland einen verhältnismäßig fortgeschrittenen Entwicklungsstand und ein durchschnittliches Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt von 2210 \$ (1982) aufweist, hungert ein